

ANTI-GLOBALISIERUNGS-INITIATIVE GESCHEITERT – WAS TUN?

Die «Volksinitiative für eine Wirtschaft zum Nutzen aller» ist mit bloss rund 50'000 Unterschriften nicht zustande gekommen. Aber das Ziel, der zerstörenden Wirkung der Globalisierung die Stirn zu bieten, bringt Aktivisten und besorgte Bürger nach wie vor in Bewegung.

Am 29. Juni trafen sich rund 40 davon in Zürich, um das weitere Vorgehen zu besprechen. Eröffnet wurde die Tagung von Prof. Hans Würzler, bis 1992 Leiter der Konjunkturforschungsstelle der ETH Zürich, dem mutigsten Mann in dieser Position. In den 80er Jahren wurde er für seine Aussage, Arbeitslosigkeit sei von der politischen Elite gewollt, vom Bundesrat gerügt, aber entgegen dem Wunsch des wirtschaftlichen Establishments nicht entlassen. Später gründete er die «Gesellschaft für gerechte Arbeitsverteilung» (GeGAV) und lancierte mit Gleichgesinnten eine Volksinitiative zu diesem Thema, verfehlte aber die nötige Unterschriftenzahl.

Um die drei grundlegenden Elemente der direkten Demokratie ging es beim Kurzreferat von René Roca, Gründer des Forums zur Erforschung der direkten Demokratie. Die weltweit einzigartige Staatsform der Schweiz ist ja nicht mit der Gründung des Bundesstaats 1848 vom Himmel gefallen, sondern hat sich während Jahrhunderten aus dem Natur- und Widerstandsrecht, der genossenschaftlichen Verwaltung der Gemeingüter und aus der

Volkssouveränität entwickelt. Nicht umsonst ist das Genossenschaftsprinzip im offiziellen Namen unseres Landes, der «Schweizerischen Eidgenossenschaft» prominent verkörpert.

Einige wichtige Elemente der direkten Demokratie sind erst mit der Totalrevision von 1874 eingeführt worden und zwar nicht auf Initiative der liberalen Kreise, sondern von einer demokratischen Bewegung, die von Katholisch-Konservativen und Frühsozialisten getragen wurde, die sich gegen das System Escher wandten. Interessant ist auch, dass alle Sprachregionen entscheidende Elemente zur direkten Demokratie beitrugen.

Diese über die Jahrhunderte gewachsene politische Kultur wird, wie man weiss, von verschiedener Seite in ihren Grundlagen bedroht. Dies zeigten die kurzen Referate von Willy Crétegn, dem Initiator der Initiative für eine Wirtschaft zum Nutzen

Es muss wieder möglich werden selbstbestimmtes Recht vor das globale Konzernrecht zu stellen.

aller, der Bürgerrechtlerin Ariet Güttinger und von Reinhard Koradi, Präsident der Genossenschaft Zeit-Fragen, der zur Tagung eingeladen hatte. Der grösste Druck auf die direkte Demokratie geht heute von der Globalisierung, von internationalen Organisationen und der Zentralisierung aus. Was tun gegen diese epochalen Elementarkräfte? Den globalen Konzernen, die mit der Zollbefreiung enorme wirtschaftliche Vorteile realisieren, nur ökologische und soziale Standards aufzuzwingen, reicht nicht. Es muss wieder möglich werden selbstbestimmtes Recht vor das globale Konzernrecht zu stellen.

Für konkrete politische Antworten auf diese grosse Frage blieb in der Diskussion zu wenig Zeit. Aber der Entscheid war klar: Man trifft sich wieder und will die Suche nach einem geeigneten politischen Projekt intensivieren und den Kreis erweitern. Das ist auch nötig. An der Tagung waren vor allem Bürgerliche und Grün-Alternative vertreten, die Linken fehlten weitgehend. Dabei heisst direkt-demokratisch nicht zuletzt auch sozial. CP

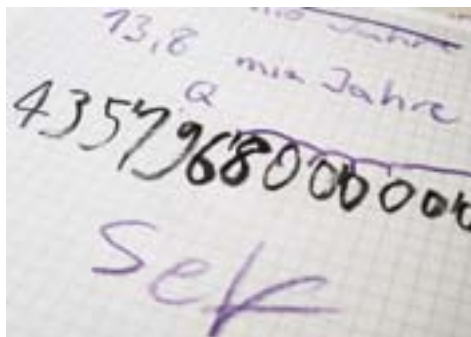
Kontakt: reinhard.koradi@bluewin.ch

ENERGIEWENDE KOSTET WENIGER *als die Nicht-Wende*

Eine zügig umgesetzte Energiewende ist spätestens ab 2040 kostengünstiger als die Nicht-Wende, bei einem Szenario «hohe Preise fossiler Energien» sogar bereits ab 2020. Dies ist das Ergebnis einer Studie der Schweiz. Energie-Stiftung (SES).

Bei einer moderaten Ölpreissteigerung weist die Energiewende gegenüber der Nicht-Wende Mehrkosten von im Mittel 1 Prozent oder 41 CHF pro Person und Jahr auf. Ab 2040 führt die Energiewende zu tieferen Gesamtkosten.

Ein Hochpreisszenario geht von einem Ölpreis von 210 Dollar pro Barrel bis im Jahr 2050 aus. Bei diesem sehr wahrscheinlichen Szenario wirkt sich die Energiewende bereits in den



ersten Jahren wirtschaftlich vorteilhaft aus und führt zu mittleren jährlichen Minderkosten von 3,3 Mrd. Franken oder einer Einsparung von 374 Franken pro Person und Jahr.

Es liegt auf der Hand, dass die Energiewende die Schweiz unabhängiger vom Ausland macht, denn sie führt zu Einsparungen im Importbereich: Heute fallen fast 40 Prozent der Energieversorgungskosten auf Importe, was mit der Nicht-Wende gleich bleibt. Die Energiewende reduziert die Importkosten für Energieträger auf 16 Prozent bis 2050. Das bedeutet jährlich mindestens 7 Mrd. Franken weniger Geldabfluss im Jahr 2050. Ein Teil davon wird eingespart, ein Teil fällt als Investitionen im Inland an und bringt grosse Wertschöpfung- und Arbeitsplatzpotenziale mit sich. SES

www.energiestiftung.ch